

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen werden die Nachrichten und für den Zweck der Bekanntmachung entgegengenommen. - Erscheint wöchentlich. - Preis pro Stück 10 Pfennig. - Abonnement 12. 50.

Veröffentlichungen werden die Nachrichten und für den Zweck der Bekanntmachung entgegengenommen. - Erscheint wöchentlich. - Preis pro Stück 10 Pfennig. - Abonnement 12. 50.

Telegraphische: Kegelblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 11. Amt Leipzig Nr. 99 1

Nr. 91

Mittwoch, den 16. April 1924

19. Jahrgang

Nach der deutschen Antwort.

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Die Reichsregierung hat beschlossen, die Frage der Reparationskommission, ob die deutsche Regierung bereit ist, an dem Plan der Sachverständigen mitzuwirken, besagend zu beantworten. Wenn diese Zeilen in den Händen des Lesers sind, wird die deutsche Antwort der Reparationskommission wahrscheinlich schon übergeben sein. Die Reichsregierung hat sich zu diesem Schritt nach langen und eingehenden Beratungen entschlossen. Sie kann sich dabei auf die Zustimmung der Ministerpräsidenten der Länder stützen. Auch die rechtsgerichteten Regierungen von Bayern, Thüringen und Westfalen haben das Vorgehen der Reichsregierung gebilligt. Außerdem hat sich die Reichsregierung mit den Führern der großen Parteien des Reichstags mit Ausnahme der Deutschvölkischen und der Kommunisten in Verbindung gesetzt. Hierbei ist sie lebhaft auf den Widerspruch der Deutschnationalen gestoßen. Diese erklärten ihren Einspruch; dagegen, daß die jetzige Reichsregierung, noch vor den Wahlen irgendwelche Erklärungen über das Sachverständigengutachten abgibt, die über die Verhandlungsbereitschaft hinaus für Deutschland bindende Festlegungen enthalten. Die Deutschnationalen fügten hinzu, daß sie sich vorbehalten müßten, ob sie derartige Erklärungen für sich als bindend anerkennen könnten. Sie verlangten, daß der künftige Reichstag die Möglichkeit habe, über die Beantwortung der jetzt allmählich heranrückenden Schicksalsfrage des deutschen Volkes zu entscheiden. Diese Möglichkeit wird der deutschen Volksvertretung aber nicht geraubt. Die jetzige Antwort der Reichsregierung betrifft nur eine Vorfrage, sie dient nur der Ermöglichung von Verhandlungen, sie fällt aber noch keine endgültige Entscheidung. Wenn auf Grund der bevorstehenden Verhandlungen ein Abkommen über die Beantwortung der Reparationsfrage zustande kommt, so wird der neue Reichstag immer noch Gelegenheit haben, über seine Annahme oder Ablehnung zu entscheiden. Außerdem wird die Durchführung der geplanten Maßnahmen umfangreiche gesetzgeberische Arbeiten verlangen, deren Erledigung ebenfalls dem neu zu wählenden Parlament zufallen wird. Die Rechte des Volkes sind also durchaus gewahrt.

Was hätte aber geschehen können, wenn Deutschland sich geweigert hätte, vor den Reichstagswahlen zu dem Sachverständigengutachten Stellung zu nehmen? Die Alliierten hätten dann unter sich über die Lösung der Reparationsfrage beraten, ohne daß Deutschland Gelegenheit gehabt hätte, auch nur seine Meinung zu äußern und den Gang der Verhandlungen durch Darlegung des deutschen Standpunktes zu beeinflussen. Deutschland wäre dann in kurzem vielleicht von neuem vor ein Ultimatum und ein darauf folgendes Diktat gestellt worden unter Umständen, die für uns besonders ungünstig und gefährlich sein würden. Deutschland hätte dann vor aller Welt von neuem als der Störenfried und böswillige Schuldner gebrandmarkt werden können, eine Anschuldigung, die vom Ausland leider nur zu gern geäußert würde. So ungerade sie im übrigen auch immer ist, wir aber müssen darauf sehen, daß wir das bisherige Sympathie, das wir schließlich nun doch in der Welt gewonnen haben, nicht auf solche Weise wieder verlieren. Die Reichsregierung hat also nur ihre wohlverstandene Pflicht getan, wenn sie die Gelegenheit, auf die bevorstehenden Entscheidungen Einfluß zu gewinnen, nicht ungenützt verstreichen ließ.

Die Ansicht Dr. Schachts zum Pariser Gutachten.

Eine Auskunft an einem französischen Pressevertreter.

Der Berliner Korrespondent des „Echo de Paris“ hatte eine Unterredung mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Aufnahme der Sachverständigenberichte in Deutschland. Er berichtet darüber, daß Dr. Schacht anerkannt habe, daß das Reparationsproblem aus der veralteten politischen Sphäre losgelöst worden ist. Dies erkannt sei er aber gewesen, als er feststellte, daß die Sachverständigen Deutschland kein vollständiges Moratorium wenigstens während einiger Jahre zugestanden haben. Unter dem Eindruck der Bemerkungen, die Deutschland gemacht habe, um seine Finanzen zu sanieren und die Industrie im Gange zu halten, hätten die internationalen Finanzleute seiner Meinung nach die deutsche Zahlungsfähigkeit überschätzt.

Die Lasten der ersten Jahre schienen ihm für Deutschland untragbar zu sein. Er könne indes nicht sagen, ob die für später nach fünf und zehn Jahren vorgesehenen Lasten zu hoch seien. Keine deutsche Regierung werde nach seiner Meinung die Sachverständigen-Schlussschlüsse annehmen, ohne Durchführung gewisser Vorbedingungen. Die Antwort auf folgende Frage erscheine ihm für Deutschland viel wichtiger, als der eigentliche Inhalt

des Berichtes: Wird Deutschland von neuem auf den Fuß der Gleichberechtigung in wirtschaftlicher Beziehung mit den anderen Nationen gestellt werden? Werden die Befugnisgruppen im Rheinland auf eine vernünftige Stärke reduziert werden? Wir wollen nichts anderes, sagte Dr. Schacht, als die Rückkehr zu dem vom Versailler Vertrag vorgesehenen Stand der Dinge.

Auf den Einwand, Deutschland könne durch eine Ablehnung, seine Wirtschaft schädigen und es sehe augenblicklich isoliert in der Welt da, wie am Ende des Krieges, antwortete Dr. Schacht, er habe niemals an die angeblichen Sympathien Amerikas und Englands geglaubt. Nach seiner Meinung sei Deutschland seit fünf Jahren immer isoliert gewesen. Dr. Schacht ist mit dem Korrespondenten darüber einig, daß die deutschen Finanzen Hilfe vom Auslande notwendig haben, die deutsche Währung sei ernstlich bedroht. Wenn Deutschland keine Hilfe erhält, liegt die Gefahr vor, wieder in den Zustand vom Oktober 1923 zu verfallen. Die deutsche Bevölkerung werde schwere finanzielle Opfer nur übernehmen, wenn der Preis ihrer Anstrengungen mindestens durch die Befreiung des Ruhrgebietes und der drei Inseln von Sanktionen besetzten Städte abgezahlt würde.

Auf die Frage, wie er es deute, daß die Sachverständigen keine Gesamtsomme für die deutsche Schuld eingestuft haben, meinte der Reichsbankpräsident, er betrachte diese Unterlassung nicht als Anlaß für eine Ablehnung durch Deutschland, falls die deutschen Vorbedingungen erfüllt würden.

Der Korrespondent des „Echo de Paris“ fragt dem Bericht aus eigenen zu, die deutsche Regierung, die zum Laubieren gezwungen sei, werde, wenn sie auch die Ideen Dr. Schachts habe, weniger Unbeugsamkeit an den Tag legen als dieser. Die Reichsregierung wisse Bescheid darüber, daß Frankreich augenblicklich in der Frage der militärischen Ruhrbesetzung nicht nachgeben könne.

Der „W. J.“ wird bestätigt, daß Dr. Schacht eine Unterredung mit dem Berliner Vertreter des „Echo de Paris“ hatte, ohne daß für die richtige Wiedergabe jeder einzelnen Äußerungen eine Gewähr übernommen werden könne.

Professor Cassels Bedenken

gegen die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Dawesplanes.

Professor Cassel schreibt im „Evenska Dagblad“: Der Finanzplan der Sachverständigenkommission, dessen Stärke in seiner formalen Klarheit besteht durch die Zusammenfassung aller Zahlungsverpflichtungen Deutschlands aus dem Versailler Vertrag zu einer einzigen für jedes Jahr fixierten Summe unter Angabe der Quellen, aus denen die Zahlungen fließen sollen, bedeutet einen gewaltigen Fortschritt. Formell betrachtet habe die Kommission eine Lösung gefunden, die gesicherte und stabile Verhältnisse in sich schließt.

Wenn man aber die wirtschaftliche Grundlage des Planes näher betrachte, so verschlechterte sich der erste so günstige Eindruck des Gutachtens. Cassel schreibt weiter, die Kommission habe die gegenwärtige deutsche Wirtschaftslage als Resultat der Kreditkrise zu betrachten, und hege deshalb große Hoffnungen auf eine baldige Wiederherstellung Deutschlands und ein kräftiges Wiederaufblühen des deutschen Volkshaushaltes. Wollte man aber die Zahlungsfähigkeit Deutschlands darlegen, so könne man nicht umhin, auf die gegenwärtige Lage des deutschen Volkes, auf seine Ansehungslosigkeit und auf seinen physisch und psychisch geschwächten Zustand, seine im hohen Grade verminderte Arbeitskraft und Arbeitslust Rücksicht zu nehmen. Wollte man einige Jahre vorausblicken, so müßte man auch die bedenkliche Schwäche jener Altersklassen in Betracht ziehen, die die Hauptlast der Schuldentilgung zu tragen haben würden. Ebenso falsch sei es auch, die soziale Aufhebung nur als eine Kriegsercheinung zu betrachten. Die materielle Grundlage für ein Wiederaufblühen Deutschlands sei kaum so günstig, wie dies die Sachverständigen darstellten. Sie sprächen von unaufheblichen Verdäuerungen des deutschen realen Kapitals seit dem Jahre 1919. Wenn sie in diesem Zusammenhang auf den Luxus hinwies, mit dem das deutsche Eisenbahnsystem ausgestattet worden sei, dann könnte Schweden, das während all der Jahre reichlich Gelegenheit gehabt habe, die deutschen Eisenbahnen praktisch zu prüfen, kaum ernst bleiben. Die Kommission betone auch die außerordentlich verbesserte Ausristung eines großen Teils der deutschen industriellen Anlagen. Man frage sich, ob nicht die Kommission allzuweitgehende Schlüsse aus einzelnen auffallenden Erscheinungen gezogen habe. Der deutsche Produktionsapparat sei bei Beendigung des Krieges durch rücksichtslose Verbrennung und mangelnde Instandhaltung sehr verschlechtert gewesen, und ein Ersatz des Verlorenen sei später nur in geringem Umfang erfolgt.

Wie Frankreich das Gutachten heimlich zu ändern versuchte!

Ein Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian“ schreibt, die Aussicht auf eine Reparationsregelung infolge des Sachverständigenberichtes werde ein wenig verdunkelt durch eine überraschende Entwicklung die in der französischen öffentlichen Meinung stattgefunden habe. Es werde in London nicht verheimlicht, daß diese Entwicklung als Beunruhigung angesehen werde. Die französische Presse mache, offenkundig inspiriert vom Quai d'Orsay, Andeutungen über Änderungen der Sachverständigenpläne. Es heißt, daß die Klausel in der der Bericht als unteilbares Ganzes bezeichnet wird, in der französischen Fassung fortgelassen worden war und erst wieder eingefügt wurde, als die britischen und amerikanischen Sachverständigen ihrer Ueberraschung „in beträchtlichem Maße“ Ausdruck gegeben hätten. Der Berichterstatter betont, die britische Regierung werde unter keinen Umständen einer Änderung des Sachverständigenplanes zustimmen, und es bestehe alle Wahrscheinlichkeit, daß die amerikanische Regierung sich auf denselben Standpunkt stellen werde.

Die Franzosen beabsichtigen ferner, angenommen, eine militärische Räumung des Ruhrgebietes finde statt, das wirtschaftliche Pfand beizubehalten und eine wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes nur im Verhältnis zum Eingang deutscher Zahlungen durchzuführen. Wenn die französische Auffassung nicht fallen gelassen werde, so werde dies unvermeidlich zu einem ersten Meinungsstreit zwischen Frankreich auf der einen, Großbritannien und Amerika auf der anderen Seite führen.

Asquith über das Gutachten und die Ruhrbesetzung.

„Westminster Gazette“ brachte am Sonntag einen Artikel Asquiths zum Expertenbericht. Er schreibt, die Sachverständigenvorschlüsse seien sorgfältig ausgearbeitet. Deutschland sei zur Wiedergutmachung der Verwüstungen anzuhelfen. Darüber hinaus gingen jedoch die Reparationspflichten nicht. Alles, was ohne Englands Zustimmung im Ruhrrevier geschehen wäre, sei zurückzunehmen. Aber die Haltung des Kabinetts Macdonald neige wieder zur Schwäche.

Deutschlands Kommunisten im Dienste Moskaus.

Aus einer geheimen Denkschrift Sinowjews.

Berliner Blätter bringen Ungere, interessante Auslassungen über die engen Zusammenhänge der deutschen Kommunisten mit der Moskauer Zentrale. Ein Beispiel dafür, so schreibt die „Deutsche Tageszeitung“ in welcher klavirischer Weise die deutschen Kommunisten unter der Fuchtel Moskaus stehen und welche Taktik von dort aus angeordnet wird. Stetig eine geheime Denkschrift Sinowjews über „Die Lehren der deutschen Ereignisse und die Taktik der Einheitsfront“. Interessant in dieser Denkschrift ist vor allem die Stellungnahme zu den Ereignissen in Sachen während der Inflationskatastrophe des vergangenen Jahres. Man ist in Deutschland immer geneigt gewesen, das Zohwabobu in Sachen lediglich als Ausfluß sozialistischer-kommunistischer Regierungsunfähigkeit und des zügellosesten Verbrochertums zu betrachten. Dem ist aber nicht so. Der Eintritt der Kommunisten in die tschechische Regierung und die Militarisierung des tschechischen Proletariats hatte nach dem Inhalt der Denkschrift eine ganz bestimmte Bedeutung in dem revolutionären Plan. Man glaubte das deutsche Volk genügend durch die Ereignisse zermürbt um nunmehr aus der mitteldeutschen Keimzelle heraus zu einem ganz großen Schläge auszuholen zu können. In den „Thesen der Moskauer Exekutive“, die sich auf der Denkschrift Sinowjews aufbauen, heißt es über die tschechischen Pläne folgendermaßen:

„Da wir die Lage so einschätzen, daß der entscheidende Moment nicht später als in vier, fünf, sechs Wochen kommt, so halten wir es für notwendig, jede Position, die unmittelbar nützlich sein kann, sofort zu besetzen. Auf Grund der Dinge glauben wir, bei geeigneter Lage muß man die Frage unseres Eintretens in die tschechische Regierung praktisch stellen. Unter der Bedingung, daß die Gegner, Leute bereit sind, Sachsen wirklich gegen Bayern und Faschisten zu verteidigen, müssen wir eintreten. Sofort Bewaffnung von 50 000 bis 60 000 wirklich durchführen, den General Müller ignorieren. Dasselbe in Thüringen.“

Soweit es überhaupt noch eines Beweises für die Haltung der Kommunisten bedurfte, geht hieraus klipp und klar hervor, daß wir im Oktober v. J. unmittelbar vor der schwersten revolutionären Erhebung standen, die Deutschland in den letzten Jahren durchgemacht hat. Wäre sie gescheitert, dann wäre Deutschland heute ein Departement der Moskauer Exekutive.

Die Gründe für den Mißerfolg, sieht die Exekutive in der Hauptfrage darin, daß man in Sachen unvorbe-